



HESSISCHER LANDTAG

11. 09. 2025

HAA

Antrag

Fraktion der Freien Demokraten

Einschränkung von Rüstungsexporten nach Israel aufheben

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass der terroristische Überfall der Hamas gegen Israel am 7. Oktober 2023 und die seither anhaltenden Raketenbeschüsse eine neue Dimension antisemitischer Gewalt offenbart haben. Der 7. Oktober 2023 markiert das schlimmste Massaker an Jüdinnen und Juden seit dem Holocaust. Das zeigt sich auch darin, dass die Terrororganisation Hamas bis heute zahlreiche Geiseln in ihrer Hand hält, sie quält und demütigt, darunter auch sieben deutsche Geiseln.
2. Der Landtag stellt fest, dass sich seit dem 7. Oktober 2023 auch in Deutschland ein besorgniserregender Anstieg jüdenfeindlicher Vorfälle zeigt: von offener Hetze gegen jüdisches Leben über die Infragestellung des Existenzrechts Israels bis hin zu einer spürbaren Verschärfung der Gefährdungslage für jüdische Bürgerinnen und Bürger.
3. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln dafür einzusetzen, das Waffen-Exportembargo für Israel aufzuheben und zu der bis zum 8. August gelebten Ausfuhrpraxis von Rüstungsgütern zurückzukehren.
4. Der Landtag unterstützt das Recht Israels, der einzigen Demokratie in der Region, auf Selbstverteidigung gegen den Terror. Er begrüßt daher, dass sich Ministerpräsident Rhein öffentlich deutlich gegen die Einschränkungen von Rüstungsexporten nach Israel positioniert hat.

Begründung:

Die Entscheidung des Bundeskanzlers vom 8. August 2025, die Ausfuhr von Rüstungsgütern nach Israel auszusetzen, ist ein schwerwiegendes politisches Signal, das in seiner Wirkung kontraproduktiv und außenpolitisch riskant ist. Sie erweckt den Eindruck, als werde die Verantwortung für den Konflikt in Nahost in einer Weise verschoben, die einer Täter-Opfer-Umkehr gleichkommt und damit in höchstem Maße problematisch ist. Israel befindet sich in einem andauernden Verteidigungskampf gegen terroristische Organisationen, die das Existenzrecht des jüdischen Staates offen infrage stellen. Dieser Kampf lässt sich nicht allein mit diplomatischen Bemühungen führen, sondern erfordert eine verlässliche militärische Ausrüstung Israels, um die eigene Bevölkerung schützen zu können.

Deutschland trägt aufgrund seiner Geschichte und seiner außenpolitischen Grundsätze eine besondere Verantwortung für die Sicherheit Israels. „Israels Sicherheit ist deutsche Staatsräson“ darf nicht nur ein Bekenntnis in Reden sein, sondern muss sich auch im konkreten politischen Handeln widerspiegeln. Mit dem Exportstopp wird nicht nur ein enger Partner Deutschlands in einer existenziellen Bedrohungslage geschwächt, sondern zugleich die Glaubwürdigkeit Deutschlands als verlässlicher Bündnispartner infrage stellt. Zudem profitieren ausschließlich terroristische Akteure wie die Hamas von einer solchen Schwächung Israels, da sie das Leid der Zivilbevölkerung zynisch für ihre Propagandazwecke instrumentalisieren.

Ein Exportstopp untergräbt damit sowohl die Verteidigungsfähigkeit Israels als auch die Handlungsfähigkeit der internationalen Gemeinschaft im Kampf gegen Terrorismus. Wer Israels Sicherheit schwächt, gefährdet zugleich zentrale Werte von Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit. Daher ist es geboten, die bisherigen Waffenlieferungen nach Israel umgehend wieder aufzunehmen, um Solidarität, historische Verantwortung und sicherheitspolitische Vernunft gleichermaßen zu wahren.

Wiesbaden, 2. September 2025

Der Fraktionsvorsitzende:
Dr. Stefan Naas